



Chemnitz in Berlin

Frank Heinrich



Newsletter | Februar 2010

CDU

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde

Sozialpolitik, Sozialpolitik, Sozialpolitik – das Thema „Hartz IV“ hält uns alle in Atem. Kaum hatte Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen angekündigt, dass sie eine Grundgesetzänderung anstrebt, um die Jobcenter langfristig zu erhalten, da erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Berechnung der Hartz IV-Regelsätze als nicht verfassungsgemäß. Während die Bundesregierung bereits mit der Bearbeitung der vom BVerfG angeordneten Korrekturen von Hartz IV beginnt, prägt das Thema „Sozialpolitik der Bundesregierung“ die öffentliche Debatte wie lange nicht mehr. Um zu verstehen, wofür sich die Regierung einsetzt und was sie erreichen möchte, empfehle ich die sehr engagierte [Rede von Ursula von der Leyen am 25.02. im Deutschen Bundestag](#).

Viele Menschen haben mir ihre Anliegen und ihre Sorgen als ALG II-Empfänger in den letzten Wochen geschildert. Als Ordentliches Mitglied im Ausschuss

für Arbeit und Soziales möchte ich diese Anliegen einbringen. Nicht alles ist möglich, doch je mehr sich äußern, desto deutlicher wird das Bild. Weiter zu diesem Thema: Seite 3.

Als zweites wichtiges aktuelles Thema möchte ich Dr. Norbert Röttgens Umgang mit dem geplanten Atomausstieg an dieser Stelle hervorheben. Der Bundesumweltminister hat meiner Meinung nach die richtigen Argumente auf seiner Seite. Was halten Sie bzw. was haltet Ihr davon? Bleiben wir im Gespräch!

Ihr und Euer

Inhalt

- 1_Vorwort
- 2_Neues aus Berlin
- 5_Neues aus Chemnitz
- 8_Termine
- 9_Mein kleines politisches Lexikon

Impressum

Herausgeber:
MdB Frank Heinrich
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Text: Frank Heinrich & Team
Redaktion: Sabine Wicher
Layout und Bild: Susanne Domaratus

Neues aus Berlin

Frank Heinrich



CDU

Zum „National Prayer Breakfast“ nach Washington

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erleben: Koffer weg bei Hin- und Rückflug, Washington kurz vor der „Snowpocalypse“, wie amerikanische Medien und Blogs die starken Schneefälle im Osten der USA nannten, ein gestrichener Rückflug und ein unfreiwillig verlängerter Aufenthalt in einem tief verschneiten Washington – da kam schon einiges an Abenteuerlichem zusammen.

Als einer von sechs Bundestagsabgeordneten und Teil einer insgesamt 24-köpfigen deutschen Delegation durfte ich beim diesjährigen Nationalen Gebetsfrühstück der USA am 4. Februar dabei sein. Seit 1953 findet es am ersten Februar-Donnerstag eines jeden Jahres in Washington statt. Mehr als 3.000 Gäste aus über 100 Ländern werden von Abgeordneten des Repräsentantenhauses und des Senats zum gemeinsamen Gebet eingeladen. Eine Bewerbung oder gar eine einfache Anmeldung ist nicht möglich.

Gemeinsam mit dem amerikanischen Präsidenten, der traditionell an dem Treffen teilnimmt, versam-

meln sich „um die Person Jesu“ Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion – und zwar nicht nur Christen, sondern auch Moslems, Juden, Hindus und Atheisten. Jeder, der sich für Jesus interessiert, ist hier willkommen.

Neben Barack Obama hat mich Hillary Clintons Auftritt besonders beeindruckt. Ihre Rede kann [hier](#) im Internet angehört bzw. nachgelesen werden. Der so genannte Keynote Speaker war in diesem Jahr Spaniens Premierminister José Luis Rodríguez Zapatero.



Frank Heinrich zusammen mit Patrick Meinhardt, MdB der FDP vor dem Capitol in Washington D.C.

Ein ganz persönlicher Höhepunkt war für mich der Vortrag von Tony Campolo. Der leidenschaftliche Prediger und emeritierte Professor für Soziologie war mir schon bei „Roots“ begegnet, einem internationalen Treffen der Heilsarmee in England. Ihn hier wieder zu hören und kurz mit ihm zu sprechen, war noch einmal eine Bestätigung für die Kontinuität in meiner Berufung vom Heilsarmeeoffizier zum Bundestagsabgeordneten.

► Mehr über das Engagement von Tony Campolo

Neues aus Berlin

Frank Heinrich



Newsletter | Februar 2010

CDU

Zum „Hartz IV-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts

Noch nicht einmal drei Wochen ist es her, dass das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden hat, dass die Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) nicht verfassungsgemäß sind. Meine erste Reaktion war: „Das Urteil ist ein wichtiges und richtiges Signal, Kinder und Jugendliche bei der Neuberechnung der Regelsätze besonders in den Blick zu nehmen.“ Schließlich leben 1,7 Mio. Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in Deutschland von Hartz IV-Leistungen – davon knapp 500.000 in den neuen Bundesländern. Es gilt nun, bedürftige Kinder zielgerichtet zu unterstützen und zwar insbesondere im Bereich Bildung. Für alle in unserem Land lebenden Kinder gleiche Bildungschancen zu schaffen, ist handlungsleitend für unsere Koalition, die im Koalitionsvertrag bekennt: „Bildung darf keine Frage der Herkunft oder des Einkommens sein.“

Das BVerfG-Urteil hat die gesellschaftliche Debatte über die Reform des Sozialstaates intensiviert. Ich bin der Meinung, dass wir diese Auseinandersetzung auch dringend brauchen. Das BVerfG hat

zu Recht Mängel bei der Berechnung der Hartz IV-Regelsätze festgestellt und eine Korrektur angefordert. Dieser Aufgabe stellen wir uns in den kommenden Monaten und ich begreife sie als Chance, für ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

Was diese Debatte nicht braucht, sind Polemik, Schnellschüsse und Äußerungen der eigenen Parteiprofilierung wegen. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen hat am 24.02. eine Aktuelle Stunde zum vermeintlichen „Schweigen der Bundeskanzlerin zur Sozialpolitik der Bundesregierung“ verlangt, in der ich dafür werbe, jetzt besonnen und vor allem gründlich an der Umsetzung der uns vom BVerfG gestellten Aufgaben zu arbeiten.

- ▶ [Link zu meiner zweiten Rede im Deutschen Bundestag anlässlich der Aktuellen Stunde zur Sozialpolitik der Bundesregierung am 24.02.2010](#)
- ▶ [Link zu meiner Pressemitteilung zum Hartz IV-Urteil des BVerfG am 09.02.2010](#)

Neues aus Berlin

Frank Heinrich



CDU

Einsatz für Menschenrechte mobilisiert und verbindet

Auch wenn sozialpolitische Themen die öffentliche Aufmerksamkeit derzeit dominieren, gibt es zu meiner Arbeit im „Menschenrechts-Ausschuss“ nicht weniger zu sagen. Eine kleine Zusammenfassung der letzten Wochen:

Ich bin beeindruckt von dem großen Angebot an menschenrechtspolitischen Veranstaltungen sowohl „innerhalb des Bundestages“, d.h. über oder vom Ausschuss organisiert, als auch „extern“ in Berlin. Da es ja gerade die persönlichen Begegnungen sind, die mir sehr wichtig sind, nehme ich viele dieser Angebote wahr. Darüber hinaus empfangen ich in meinem Büro Delegationen, die für ihre Anliegen das persönliche Gespräch suchen. So habe ich bereits mit international tätigen Menschenrechtsverteidigern gesprochen, mit Amnesty International zum Thema Guantánamo und mit einer Delegation aus Israel zur schwierigen Situation der Palästinenser und Israelis. Gerade letzteres Gespräch war so intensiv, dass ich derzeit gemeinsam mit anderen Kolleginnen aus dem Ausschuss eine Reise in die Region plane – interfraktionell!

Wie mobilisierend Menschenrechtspolitik sein kann, beweisen die täglichen Zuschriften per Post oder Email. Spitzenreiter sind 122 Emails zu einem Thema. Ob China, Weißrussland, die Aufarbeitung der Apartheid in Südafrika, die Wahrung der Menschenrechte in Mexiko, Honduras und Kolumbien, die Bekämpfung von Folter in Syrien oder die Verfolgung von Christen und anderen Religionsgemeinschaften weltweit – es ist eine Fülle an offensichtlichen Missständen, auf die Sie, Ihr und viele andere Bürgerinnen und Bürger aufmerksam machen. So traurig diese Missstände stimmen, so zuversichtlich macht das zahlreiche zivilgesellschaftliche Engagement.

Ebenfalls interfraktionell ist gerade ein Antragsentwurf im Umlauf, der sich mit der Sicherstellung von freien und fairen Wahlen im Sudan beschäftigt und darauf drängt, den politischen Prozess bis zum Referendum 2011 zu begleiten und zu unterstützen. Bis auf die Partei „Die Linke“ sind alle Fraktionen an diesem Antrag beteiligt. Es ist ein gutes Gefühl, dass der Einsatz für die Menschenrechte über Parteigrenzen hinweg verbindet.

Für folgende Themen bin ich im Rahmen meiner Arbeit als Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zuständig:

Folter, Humanitäre Hilfe, Menschenrechtsverteidiger, Soziale Rechte, Wasser sowie regional Mittel- und Nordamerika

À propos Wasser: Am 22. März ist der Weltwassertag. Von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, soll er die Öffentlichkeit auf zunehmende Probleme im Zusammenhang mit Menge und Qualität des Süßwassers aufmerksam machen.

▶ [Link für weitere Informationen](#)



Neues aus Chemnitz

Frank Heinrich

Newsletter | Februar 2010

CDU

Landesdirektion muss in Chemnitz bleiben

Die im Koalitionsvertrag der sächsischen Landesregierung unter dem Stichwort „Bürgernahe Verwaltung“ festgelegte Zusammenfassung der Landesdirektionen zugunsten einer Verschlinkung und Aufgabenreduzierung trifft auf Widerstand. Neben den vier Landräten Dr. Tassilo Lenk (CDU, Vogtlandkreis), Dr. Christoph Scheurer (CDU, Zwickau), Volker Uhlig (CDU, Mittelsachsen) sowie Frank Vogel (CDU, Erzgebirgskreis) und der Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD) haben sich der Industrieverein Sachsen, die Handwerkskammer Sachsen sowie die IHK Südwestsachsen öffentlich für den Erhalt der Behörde in Chemnitz ausgesprochen. Laut dem Wirtschaftsministerium in Dresden erfolgt zunächst eine Interessenabwägung, bevor über den Standort der künftigen Landesdirektionen entschieden wird.

Meiner Meinung nach spricht sehr viel für den Erhalt der Chemnitzer Landesdirektion:

► Die Landesdirektion muss in Chemnitz bleiben, um die nötigen engen Kontakte zwischen der Industrie und der Landesebene weiterhin sicherzustellen.

Die Wirtschaft in der Region Südwestsachsen braucht einen kompetenten und gut erreichbaren Partner in allen Verwaltungsfragen. In Dresden ist dies durch den Regierungssitz ohnehin gegeben.

► Mit 214 Gemeinden von insgesamt 499 sächsischen Gemeinden, in denen rund 1,57 Mio. Menschen und damit 37,3% der sächsischen Bevölkerung leben, wäre die größte Anzahl an Kommunen betroffen.

► 38,3% der Unternehmen und 41,9% aller Handwerksbetriebe in Sachsen sind im Einzugsbereich der Landesdirektion Chemnitz angesiedelt.

Gegen Ende März will die sächsische Landesregierung die Fusionsvorschläge präsentieren, bevor sie im zweiten Quartal dem Kabinett vorgelegt werden. Da es sich um eine Entscheidung auf Landesebene handelt, sind die Einflussmöglichkeiten seitens des Bundes begrenzt. Gleichwohl werde ich meine Kontakte nutzen und das Gespräch suchen, um für den Erhalt der Landesdirektion in Chemnitz zu kämpfen.

Zitiert aus „Aufwärts immer“, einem Artikel über Chemnitz in der aktuellen Ausgabe der Wochenzeitung „DIE ZEIT“: „Wenn ich heute Aktien von einer ostdeutschen Stadt kaufen müsste, dann wären das welche von Chemnitz.“ (Ulrich Blum, Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle)

Unter den 50 größten Städten Deutschlands verzeichnet Chemnitz die geringsten Arbeitskosten, die niedrigsten Mieten, den viertgrößten Zuwachs der Einkommensteuerkraft und das durchschnittlich höchste Pro-Kopf-Einkommen. Fast unbemerkt habe sich Chemnitz in wichtigen Wirtschaftsdaten an Leipzig und Dresden vorbeigeschoben.

► Zum vollständigen Artikel „Aufwärts immer“ (DIE ZEIT, Regionalausgabe „ZEIT für Sachsen“, 25.02.2010, Seite 13)



Neues aus Chemnitz

Frank Heinrich

CDU

Was kostet unsere Heimatstadt?

Im letzten Newsletter habe ich über die Einnahmen unserer Stadt berichtet. Hier nun folgt der zweite Teil zu den Ausgaben.

Teil II: Die Ausgaben

31,6% oder 174 Mio. werden für die Bezahlung der städtischen Bediensteten ausgegeben. Dazu zählen unter anderem die Oberbürgermeisterin, Amtsleiter, Sachbearbeiter, Kindergärtnerinnen und Politessen. Die Personalkosten sind in 2010 der größte Sparposten im Verwaltungshaushalt. Rund 180 frei werdende Stellen im Rathaus sollen - ohne dass die dazugehörigen Aufgaben entfallen - nicht wieder besetzt werden.

85 Mio. werden für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand ausgegeben. Hierzu zählen der Unterhalt von Schulen, Kindergärten und Sportanlagen, Ausstattung der Verwaltung mit EDV, Unterhaltung der kommunalen Straßen und Wege und nicht zuletzt die Grünanlagenpflege.

61 Mio. stellt die Stadt für die zu finanzierenden Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung von Hartz IV-Empfängern vorerst bereit. Weitere 40 Mio. kommen hinzu, um Sozialhilfe, Eingliederungshilfe und Grundsicherung im Alter zu finanzieren. Sollten die geplanten Mittel nicht ausreichen, wird kein Bedürftiger im Regen stehen gelassen. Chemnitz ist zu diesen Ausgaben verpflichtet und muss dann an anderer Stelle einsparen oder notfalls Schulden machen.

25 Mio. gehen an freie Träger der Jugendhilfe. Das sind 3,5 Mio. Euro mehr als 2009, dies ist den steigenden Zahlen für die Kinderbetreuung geschuldet. Weitere Ausgaben sind Zuweisungen für die städtischen Beteiligungen (33 Mio.), für das Kulturkaufhaus „Tietz“ (8,2 Mio.), für Zweckverbände (1 Mio.), die Kommunalkombi (0,8 Mio.), die Gewerbesteuerumlage (25 Mio.), die Sozialumlage (27,5 Mio.), innere Verrechnungen (33 Mio.), weitere Finanzausgaben (3 Mio.) sowie viele kleinere Posten.

Für Ihre Schulden gibt die Stadt Chemnitz 12 Mio. allein für Zinsen aus. 18 Mio. werden vom Verwaltungshaushalt dem Vermögenshaushalt zugeführt.

Neues aus Chemnitz

Frank Heinrich

Newsletter | Februar 2010

CDU

Der Vermögens- oder Investitionshaushalt

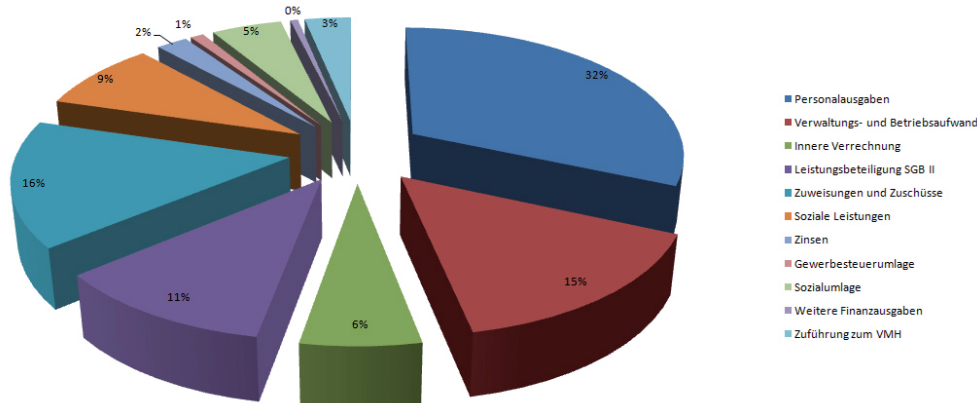
Chemnitz will in 2010 126 Mio. Euro investieren. Im Jahre 2009 waren es aufgrund des Konjunkturpaketes der Bundesregierung noch 172 Mio. Euro. Das klingt erst einmal sehr gut. Betrachtet man die Zahlen genauer, erwirtschaftet die Stadt Chemnitz aus ihrem Verwaltungshaushalt nur die Mittel zur Tilgung der aufgenommenen Kredite. Daher ist von einer eingeschränkten Leistungsfähigkeit unserer Heimatstadt auszugehen.

Die Investitionsmittel werden in 2010 für Schulen (13 Mio. Euro), Kindertagesstätten (6 Mio. Euro), Sportanlagen (1,8 Mio. Euro), Park- und Gartenanlagen (3,8 Mio. Euro) und Gemeindestraßen (13,6 Mio. Euro) ausgegeben. Konkrete Schwerpunkte

sind das Berufsschulzentrum für Technik, die Industrieschule Park der OdF, die Kita Tschaikowskistraße, die Brücke Hartmannstraße sowie Bauvorhaben Zschopauer Straße und Dresdner Platz.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig. In vielen städtischen Gebäuden, den Bädern und der Verwaltung werden unzählige kleine Investitionen getätigt sowie weitere Straßen ausgebaut und Schulen und Kitas saniert.

Unsere Stadt hat also in 2010 mit mehr als 686 Mio. Euro einen Haushalt, der ein pulsierendes Leben, neue Investitionen und soziale Absicherung gewährleistet. Um all dies langfristig sichern zu können, benötigen wir aber eine weitere Stärkung und den Ausbau unserer heimischen Wirtschaft.



Woher kommen die o.g. 126 Mio. Euro, die Chemnitz investieren möchte?

- ▶ 18 Mio. Euro: Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt
- ▶ 15,6 Mio. Euro: Entnahmen aus der städtischen Rücklage (der „Spardose“ der Stadt)
- ▶ für 8 Mio. Euro werden Vermögenswerte (z.B. Grundstücke) veräußert
- ▶ 58 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen und Investitionszulagen von Land und Bund
- ▶ 15,7 Mio. Euro werden an Krediten aufgenommen
- ▶ weitere 9 Mio. Euro an Krediten werden umgeschuldet

Termine

Frank Heinrich



Unter dieser Rubrik möchte ich Euch auf öffentliche, eintrittsfreie Veranstaltungen aufmerksam machen, die meiner Meinung nach spannend sein könnten. Zu sämtlichen mit Stern (*) gekennzeichneten Veranstaltungen gehen entweder ich selbst oder eine/r meiner Mitarbeiter/innen.

Veranstaltungen in Chemnitz und Sachsen

Ev.-Luth. Kirche Chemnitz:

Ausstellungseröffnung: „Frieden auf der ganzen Linie“ – Kinder malen Friedensbilder und gestalten den „Bus für den Frieden“

4. März 2010 | 15 Uhr
Jakobikirche

► 16 Uhr Roter Turm: Der Friedensbus geht auf Fahrt unter Beteiligung von OB Barbara Ludwig

Bürgerverein FUER CHEMNITZ e.V.:

Verleihung des Chemnitzer Friedenspreises 2010

5. März 2010 | 16 Uhr

Volksbank Chemnitz eG, Innere Klosterstraße 15
[Infos](#)

Arbeitsgruppe Chemnitzer Friedenstag:*

Friedensgottesdienst

5. März 2010 | 20 Uhr

Jakobikirche

► anschließend Gang mit Kerzen zum „Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung der Stadt Chemnitz“ vor der Alten Post

[Weitere Veranstaltungen zum Chemnitzer Friedenstag](#)

Sächsischer Landtag u.a.:

Tagung zum 20. Jubiläum: 20 Jahre Freistaat Sachsen. Traditionen und Perspektiven

4. - 6. März 2010

Dreikönigskirche, Dresden

[Infos](#)

Deutsches Hygiene-Museum Dresden:*

Ausstellung „Arbeit, Sinn und Sorge“

25. Juni 2009 - 11. April 2010

Deutsches Hygiene-Museum Dresden

[Infos](#)

Veranstaltungen in Berlin:

Campus für Christus:*

Campus Meets Berlin

26. Februar - 6. März 2010

Haus Nazareth, Berlin-Steglitz

► Vortrag von Frank Heinrich am 1. März 2010 | 15 Uhr

[Infos](#)

Deutsche Gesellschaft e.V.:

Konferenz: Der Weg zur Deutschen Einheit – Mythen und Legenden

10. - 12. März 2010

Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstraße 18

[Infos](#)

Auswärtiges Amt:*

Das Frauenbild im Dialog der Kulturen

8. März 2010 | 19 Uhr

Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Telekom AG


E-Mail: 704-13@diplo.de

8. März: Internationaler Frauentag

Dieser wurde 1911 erstmals durchgeführt, nachdem er 1910 auf der „Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz“ in Kopenhagen unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Frauenrechtlerin Clara Zetkin (1857-1933) beschlossen wurde. Der Tag sollte u.a. die weltweite Einführung des Frauenwahlrechts beschleunigen. 1977 wurde er von den VN als „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ proklamiert.

► [Link zum Weiterlesen über den Internationalen Frauentag](#)

► [Informationen zum Frauenwahlrecht sowie zur Einführung des Frauenwahlrechts weltweit](#)



Mein kleines politisches Lexikon

Newsletter | Februar 2010

CDU

Ein Diplomatenpass für einen MdB

Es überrascht mich immer wieder, welche Rechte und Pflichten mit dem Mandat eines Bundestagsabgeordneten verbunden sind. Heute soll es um den Diplomatenpass gehen; im nächsten Newsletter um so genannte Pairingvereinbarungen. Weitere Überraschungen werden bestimmt folgen...

Jeder Abgeordnete hat ein Anrecht auf einen Diplomatenpass. Im Falle einer Reise in ein Land mit Visumpflicht, wird die Nutzung eines solchen Passes sogar dringend empfohlen, denn erstens werden Visa dann oft bevorzugt ausgestellt und zweitens verursachen sie auch keine Kosten. Diplomatenpässe haben eine Gültigkeit von 5 Jahren und werden ausnahmslos vom Auswärtigen Amt ausgestellt.

Grundsätzlich werden Diplomatenpässe an Diplomaten sowie hochrangige Amts- und Mandatsträger ausgegeben. Dazu gehören neben Abgeordneten eines Parlaments, d.h. Bundestags- und

Landtagsabgeordneten, auch Ministerialbeamte mit politischer Funktion. Entgegen der allgemeinen Auffassung führt der bloße Besitz eines Diplomatenpasses nicht zur diplomatischen Immunität. Erst in Verbindung mit einer so genannten Akkreditierung des Passinhabers oder einer amtlichen Einladung in einen bestimmten Staat, wird der Person Immunität gewährt. Diese beschränkt sich zudem auf den akkreditierenden bzw. einladenden Staat. Je nach Gesetz des jeweiligen Landes, kann der Status „Immunität“ zum Beispiel folgende Annehmlichkeiten mit sich bringen: Reisen ohne Zollkontrollen, Parken ohne Angst vor Bußgeld, Schutz vor Verfolgung und Verhaftung während der diplomatischen Mission, kein Zahlen von Zöllen und Steuern im aufnehmenden Staat sowie – ganz besonders wichtig 😊 – die kostenlose Nutzung von VIP-Einrichtungen und Lounges auf Flughäfen.

Last but not least: Haiti braucht nach wie vor unsere Hilfe! Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), zuständig für die Bewertung der Arbeit und Seriosität gemeinnütziger Spendenorganisationen, hat am 22.02. eine Pressemitteilung veröffentlicht, die über den aktuellen Stand informiert.

- ▶ [Link zur Pressemitteilung des DZI](#)
- ▶ [Link zur DZI Spenden-Info „Erdbeben in Haiti 2010“](#)